

## Konfliktprävention: Immigration, Integration und das Flüchtlingsproblem in Jordanien und Deutschland

**Veranstaltungsform:** KAS - AL QUDS POLITISCHES DIALOGFORUM

**Partner:** Al Quds Center for Political Studies

**Datum/Ort:** 01. Juni 2009, Al Quds Center for Political Studies, Amman, Jordanien

### 1. Programmübersicht

#### Begrüßung

*Oraib Al Rantawi*                      *Direktor, Al Quds Center for Political Studies*  
*Michael Däumer*                      *Direktor, KAS Amman*

#### Statements

*Mohammad Abu Baker*              *Stv. Vorsitzender der Flüchtlingsabteilung der PLO*  
*H.E. Rasmy Al Malah*              *Abgeordneter des jordanischen Parlamentes, Mitglied des Palästina-Ausschusses*  
*Matar Saqer*                              *Public Information Officer, UNRWA*  
*Nadia Saed Aldeen*                      *Wissenschaftlerin und Journalistin der Al Ghad-Zeitung*  
*Thomas Kufen*                              *Integrationsbeauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen*

#### Diskussion

#### Schlusswort

*Michael Däumer*                      *Direktor KAS Amman*  
*Oraib Al-Rantawi*                      *Direktor, Al-Quds Center for Political Studies*

### 2. Ziel

Immigration und Integration sind nicht nur in Deutschland ein brandaktuelles Thema. Auch in der arabischen Welt stellt sich die Frage der Integration von Flüchtlingen und Migranten in die Gesellschaften. Jordanien beispielsweise ringt seit Jahrzehnten um den richtigen Umgang mit den palästinensischen Flüchtlingen. Das KAS-Al-Quds Politische Dialogforum sollte eine Bühne bilden,

auf der Experten zum Thema Flüchtlinge und Migration ihre Standpunkte austauschen und voneinander lernen konnten. Zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zählten Experten in Flüchtlingsfragen von führenden nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen sowie einige Leiter von Flüchtlingslagern, die über ihre Erfahrung berichteten. Aus Deutschland konnte die KAS Amman den Integrationsbe-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

2. Juni 2009

MICHAEL DÄUMER  
SEBASTIAN GRUNDBERGER  
DAVID LÜNGEN

auftragten der nordrhein-westfälischen Landesregierung, Thomas Kufen, als Redner gewinnen. Die Diskussionsveranstaltung ist bereits die zweite zum Thema Flüchtlinge im Rahmen des „KAS-Al Quds Politischen Dialogforums“. Im Februar waren im gleichen Format bereits Wolfgang Bosbach MdB und Minister Armin Laschet zu Gast gewesen. Die damals angestoßenen Diskussionen sollten weitergeführt und vertieft werden. Durch die verstärkte Thematisierung von Migrationsfragen (erzwungen oder freiwillig) möchte die KAS einen nachhaltigen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben und zur Konfliktprävention im Nahen Osten leisten.

### 3. Ablauf

Nach einer kurzen Einführung von Al Quds-Direktor **Oraib Al Rantawi** stellte der Direktor der KAS Amman, **Michael Däumer**, den teilnehmenden jordanischen und palästinensischen Experten den deutschen Gast vor: Thomas Kufen, Integrationsbeauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, war gekommen, um sich über die spezielle Situation in Jordanien zu informieren, aber auch um einen Erfahrungsbericht aus dem größten deutschen Bundesland zu geben.

Bei den folgenden vier Beiträgen von jordanisch-palästinensischer Seite zeigten sich deutliche Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Herausforderungen für die Region.

**Mohammad Abu Baker**, stellvertretender Vorsitzender der Flüchtlingsabteilung der PLO, beschrieb, dass für viele der rund 4,7 Millionen registrierten palästinensischen Flüchtlinge - davon alleine knapp 2 Millionen in Jordanien - weiterhin humanitäre Aspekte und die Gewährleistung der Menschenrechte im Vordergrund stünden. Auch wenn viele palästinensische Flüchtlinge die jordanische Staatsangehörigkeit erhielten, lebten immer noch rund 340.000 in den zehn jordanischen Flüchtlings-Camps. Der Abgeordnete **Rasmy Al Malah**, Mitglied des Palästina-Ausschusses des jordanischen Parlamentes,

machte deutlich, wie wichtig Bildung für Migranten wie Flüchtlinge sei. Er sprach sich daher dafür aus, mehr Studienmöglichkeiten für Flüchtlinge gerade auch in den Flüchtlingslagern zu schaffen. Auch sähen die palästinensischen Flüchtlinge für sich ein „Recht auf Rückkehr“. Dieses „Recht“ sei für sie nicht verhandelbar.

**Matar Saqer**, Public Information Officer des Hilfswerkes der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), erinnerte daran, dass das UNRWA 2009 bereits im sechsten Jahrzehnt bestehe, und eine Zukunftsperspektive für die Flüchtlinge weiterhin fehle.

Schließlich legte die Journalistin **Nadia Saed Aldeen** von der jordanischen Zeitung Al Ghad in ihrem Beitrag einen Schwerpunkt auf die Zustände in den Flüchtlings-Camps in Jordanien. Als Hauptprobleme identifizierte sie die mangelhaften Wohnverhältnisse, die schlechte Infrastruktur und die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote, aber auch die Armutsrate unter den Flüchtlingen sei überproportional hoch.

Anschließend erhielt der nordrhein-westfälische Integrationsbeauftragte **Thomas Kufen** das Wort. Er berichtete den Teilnehmern, wie sich Deutschland seit 2005 nicht zuletzt mit dem neuen Zuwanderungsgesetz, dazu bekenne, ein Einwanderungsland zu sein. Wenn in Nordrhein-Westfalen jeder fünfte Bürger und gar 40 Prozent der Kinder unter sieben Jahren einen Migrationshintergrund hätten, gälte es, diese Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Dazu dienten Sprach- und Integrationskurse zu Geschichte, Kultur und Recht des neuen Heimatlandes Deutschland. Kufen machte ebenfalls deutlich, wie wichtig Bildung und - im Falle von Deutschland - Spracherwerb in diesem Zusammenhang seien. Er riet dazu, weniger übereinander als vielmehr miteinander zu reden, um die großen Herausforderungen gemeinsam zu meistern - ein Modell, das auch vielen der jordanisch-palästinensischen Teilnehmer als beispielhaft erschien. Wie wichtig der Dialog miteinander sei, verdeutlichte der Integri-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

2. Juni 2009

MICHAEL DÄUMER  
SEBASTIAN GRUNDBERGER  
DAVID LÜNGEN

onsbeauftragte aus Nordrhein-Westfalen auch an dem von Bundeskanzlerin Angela Merkel einberufenen Integrationsgipfel. Schließlich informierte er über die 540 irakischen Flüchtlinge aus Jordanien und Syrien, die Nordrhein-Westfalen, organisiert vom UNHCR, aufnehmen. Die ersten hätten ihre neuen Heimatorte vor wenigen Wochen erreicht. Jetzt gelte es, sie umfassend zu betreuen und ihnen schnell die deutsche Sprache zu vermitteln.

Nach den fünf Eingangsbeiträgen kam es zu einer lebhaften Diskussion über die Situation in Deutschland und Jordanien. Dabei brachten die Teilnehmer wiederholt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass Deutschland künftig eine stärkere Rolle im Nahost-Friedensprozess allgemein und hinsichtlich der palästinensischen Flüchtlinge insbesondere übernehme. Auch aufgrund historischer Gründe trage Deutschland in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung. Diese beziehe sich besonders auf das Entstehen eines palästinensischen Staates.

Man stimmte darin überein, dass die Situation der palästinensischen Flüchtlinge im Nahen Osten natürlich anders sei als etwa die der früheren „Gastarbeiter“ und deren Kinder in Deutschland. Die palästinensischen Flüchtlinge setzen weiterhin darauf, eines Tages in ihre Heimat zurückkehren zu können. Aus dieser Perspektive sehen viele keine Notwendigkeit zur Integration in ihre Gastländer, welche eine solche auch nicht fördern. Gleichwohl eint Flüchtlinge in Jordanien und Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland die Notwendigkeit einer besseren Bildung. Gerade in diesen Bevölkerungsgruppen sei das Bildungs- und Ausbildungsniveau oft noch niedrig. Dabei sei eine bessere Bildung und Ausbildung der Schlüssel zu sozialem Aufstieg und erfolgreicher Integration. Ferner sei aus jordanischer Sicht eine verbesserte Bildung und Ausbildung der Flüchtlinge nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit, um das Land ökonomisch zu

stärken und die politische Stabilität zu erhöhen.

**Oraib Al-Rantawi** wies in seinem Schlusswort auf die Wichtigkeit des politischen Dialogs zwischen Deutschland und Jordanien in der Flüchtlingsfrage hin und brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, das Politische Dialogforum gemeinsam mit der KAS künftig zu intensivieren. **Michael Däumer** machte deutlich, dass Deutschland - als Teil Europas und der Europäischen Union - großes Interesse an einer dauerhaften Stabilisierung der Region habe. Allerdings dürfe dies keine Einbahnstraße sein, sondern die Region müsse selbst notwendige Anstrengungen unternehmen, um gemeinsam mit der EU Verbesserungen im Nahost-Friedensprozess im Allgemeinen und in der Lösung des Flüchtlingsproblems im Besonderen dauerhaft zu bewirken.

#### 4. Fazit

Auch wenn eine Integration von vielen Palästinensern im Fall von Jordanien nicht als politische Option gesehen wird, da die Palästinenser auf ihr „Recht auf Rückkehr“ bestehen und eine volle Integration als identitätsverfremdend betrachten, können Jordanier wie auch Palästinenser am Beispiel Deutschlands lernen, wie wichtig Dialog und Austausch zwischen Flüchtlingen oder Immigranten sowie dem Gastland sind. Diese Erkenntnis konnten viele Teilnehmer des Forums aus dem Bericht des deutschen Gastes mitnehmen. Umgekehrt war das Forum eine gute Gelegenheit für die deutsche Seite, im Dialog mit hochrangigen Vertretern, die Situation im Nahen Osten aus erster Hand zu erfassen und auch die Erwartungen an Deutschland aufzunehmen. Von daher sind die Ziele der Roundtable-Diskussion erfüllt worden. Es hat sich auch gezeigt, dass von jordanischer Seite ein großes Interesse an einem integrationspolitischen Austausch besteht. Nur so ist zu erklären, dass es gelang, trotz sehr kurzer Vorbereitungszeit derartig hochrangige Experten zu versammeln. Das „KAS-AI-Quds Politische

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**AUSLANDSBÜRO JORDANIEN**

**2. Juni 2009**

MICHAEL DÄUMER  
SEBASTIAN GRUNDBERGER  
DAVID LÜNGEN

Dialogforum“ entwickelt sich zunehmend zu einer festen Größe der Arbeit der KAS Amman. Es bietet die einzigartige Gelegenheit, in einem flexiblen Format auf tagesaktuelle Fragen einzugehen und diese offen zu erörtern und auch zu diskutieren.